

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

eine gute Nachricht für die Langzeitarbeitslosen: Endlich hat nun auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihre Zustimmung zur **Fortführung der Jobcenter** gegeben. Damit wird weiterhin die Betreuung, Hilfe und Vermittlung aus einer Hand ermöglicht. Ohne Jobcenter mussten Langzeitarbeitslose sowohl zum Sozialamt der Kommune als auch zur Arbeitsagentur. Das Bundesverfassungsgericht hatte dem Gesetzgeber aufgetragen, die Zusammenarbeit von Kommune und Arbeitsagentur bei den Jobcentern im Grundgesetz abzusichern. Im Spitzengespräch von Regierung, SPD und Bundesländern konnte nun die CDU/CSU-Fraktion dazu bewegt werden, ihren ein Jahr lang währenden Widerstand aufzugeben.

Regional bedeutet das: In den Landkreisen Heilbronn, Hohenlohe und Main-Tauber können die Jobcenter ihre erfolgreiche Arbeit fortführen. In der Stadt Heilbronn hingegen gibt es bislang kein Jobcenter, sondern nach wie vor getrennte Betreuung durch Arbeitsagentur und Sozialamt. Mit der neuen Regelung wird es künftig auch in Heilbronn Betreuung aus einer Hand geben. Auch durch ein Jobcenter? Oder will sich Heilbronn darum bewerben, als Optionskommune die Betreuung alleine zu übernehmen? Die kommunalen Entscheidungsträger sind gefragt. Jedenfalls bringen beide Lösungen den Betroffenen Verbesserungen.



Berlin-Brief, Ausgabe 72
26. März 2010

Meine Termine

SPD-Landesvorstand

27.03.2010, 11 h, Stuttgart

Theater Heilbronn: „Suche Zukunft“

27.03.2010, 19 h, Heilbronn

SPD-Jahresempfang Künzelsau

28.03.2010, 11 h, Stadthalle Künzelsau

Aktuelle Pressemitteilungen

Josip Juratovic: Schwarz-Gelb will PKW-Maut! (16.03.2010)

Jetzt ist es amtlich: Die Bundesregierung plant eine PKW-Maut. Die Autofahrer sollen die Steuergeschenke an Hoteliers und reiche Erben bezahlen, damit nicht noch mehr notwendige Investitionen im Straßenbau auf der Strecke bleiben. Die Abgeordneten von CDU/CSU und FDP haben am vergangenen Freitag in namentlicher Abstimmung den SPD-Antrag „Nein zur PKW-Maut“ abgelehnt.

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50

74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Am vergangenen Samstag war ich in **Neckarwestheim** bei der **Kundgebung** gegen die geplante Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke. Der Zuspruch war mit 5.000 Teilnehmern sehr groß, darunter auch unser SPD-Landesvorsitzender Nils Schmid. Ich habe mich gefreut, dass ich auch viele von Ihnen, die den Berlin-Brief beziehen, im Demonstrationzug traf. Wer wie die CDU einerseits die Verlängerung von Laufzeiten fordert und andererseits ausgerechnet bei der Solarförderung kürzt, der hat nicht verstanden, wo die Arbeitsplätze der Zukunft gerade in Baden-Württemberg liegen.

Genauso zukunftsblind handelt die CDU bei der Suche eines **Endlagers für den Atommüll**. Die CDU will die Erkundung des Bergwerks Gorleben fortführen. Obwohl viele Zweifel bestehen, dass Gorleben ein optimaler Standort zur Endlagerung ist! Wir haben deswegen heute mit den Grünen und den Linken einen Untersuchungsausschuss eingesetzt, der klären soll, ob die Festlegung der Regierung Kohl im Jahr 1983 auf den Endlagerstandort Gorleben auf wissenschaftlicher Basis getroffen wurde oder eine von Lobbyarbeit geprägte Entscheidung war. Und wir erwarten, dass aus den Erkenntnissen des Untersuchungsausschusses Empfehlungen für die künftige Endlagerung entstehen.

Ein deutliches Zeichen haben wir heute am **Equal Pay Day** im Bundestag und um 12 Uhr vor dem Brandenburger Tor gesetzt für die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern bei gleichwertiger Arbeit. Frauen sind heute so gut ausgebildet wie noch nie in der Geschichte. Und doch erhalten sie in zahlreichen Fällen einen deutlich niedrigeren Lohn als Männer, die die gleiche Tätigkeit verrichten. Damit muss endlich Schluss sein. Statt warmer Worte erwarten Frauen zu Recht konkretes Handeln von der Bundesregierung. Darauf haben wir heute hingewiesen, und zum Zeichen war die gesamte SPD-Fraktion heute rot gekleidet. Ich habe diese wichtige Aktion durch das Tragen einer roten Krawatte unterstützt.

Ich wünsche Ihnen eine besinnliche Karwoche und frohe Ostertage.

Mit freundlichen Grüßen

